



Michael Harms

Russen spüren vor allem Sanktionen ihrer Regierung



[Michael Harms \(51\), Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft](#)*Foto: Frank Senfleben*

26. Juni 2016 09:01 Aktualisiert 09:26

Michael Harms vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu Verlierern des Sanktionsduells und zur Moral in der Ökonomie.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen deutscher Unternehmen in Osteuropa und Zentralasien. B.Z. AM SONNTAG sprach mit Geschäftsführer Michael Harms (51) über die Folgen der EU-Sanktionen gegen Russland, die jetzt verlängert werden (vor allem Finanzsanktionen und Energietechnik) – nachdem Russland zuvor seine eigenen Sanktionen gegen die EU verlängert hat (Agrarprodukte, Lebensmittel).

Wie wirken sich die Sanktionen aus?

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen haben sich seit Beginn der Ukraine-Krise dramatisch verschlechtert. Im Rekordjahr 2012 lag das Handelsvolumen bei 80 Milliarden Euro, 2015 bei gut 50 Milliarden Euro. Und es geht weiter zurück. Wie hoch der Anteil der Sanktionen an diesem Rückgang ist, lässt sich schwer beziffern. Die Unternehmen gehen von etwa 20 Prozent aus. Weitaus wichtiger sind andere Faktoren wie der Ölpreis-Verfall, die Rubel-Abwertung und die Modernisierungsdefizite in Russland. Allerdings hat das Vertrauen zwischen russischen und EU-Unternehmen durch die Sanktionen sehr gelitten. Und Vertrauen ist ja auch ein wichtiges Kapital.

Inwieweit leidet die russische Bevölkerung?

Das Lebensniveau sinkt seit drei Jahren. 2014 und 2015 gab es zweistellige Inflationsraten. Teile der russischen Regierung nutzen dabei die westlichen Sanktionen, um von hausgemachten Problemen abzulenken, die sich aus dem jahrelangen Reformstau ergeben. Die Bevölkerung spürt vor allem die Sanktionen der eigenen Regierung gegen die EU-Lebensmittelimporte. Die preiswerten EU-Anbieter sind weggefallen. Viele Produkte sind jetzt teurer. Käse und andere Milchprodukte sind deutlich schlechter geworden.



Michael Harms im Interview mit B.Z.-Parlamentskorrespondentin Ulrike Ruppel (Foto: Frank Senfleben)

Bewirken die westlichen Sanktionen in Russland Einlenken oder Trotz?

Wirtschaftlich und psychologisch eher Letzteres. Auf vielen Ebenen sind Bestrebungen im Gange, die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern. Russland arbeitet mit Hochdruck an einem eigenen Zahlungssystem, um nicht mehr allein auf Mastercard und Visa angewiesen zu sein. Um die extreme Abhängigkeit von Saatgut-Importen zu beenden, wurden große Programme aufgelegt. Im IT-Bereich will man verstärkt auf eigene Software setzen, auch aus Sicherheitsgründen. All das führt zu Marktzugangsbeschränkungen, was uns natürlich gar nicht gefällt.

Wer profitiert vom europäisch-russischen Sanktionsduell?

Seit die EU-Bauern nicht mehr liefern dürfen, haben Aserbaidschan, Iran und Marokko den Export nach Russland stark steigern können. Die größte deutsche Sorge war, den Maschinenbau an China und Korea zu verlieren. Die Sanktionen wirken sich aber nicht so dramatisch aus, wie wir befürchtet hatten. Die Chinesen halten sich wegen ihres US-Geschäfts aus Rücksicht auf die USA nämlich ebenfalls zurück.

Aber mittelfristig besteht die Gefahr, dass die Russen neue Lieferanten finden und deren technische Standards übernehmen.

Dann würden Weichen gestellt.

So ist es. Ein anschauliches Beispiel ist die Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsstrecke Moskau-Kasan. Die beiden Bieter mit den größten Chancen waren ein deutsches Konsortium um Siemens und ein chinesisches. Letzteres hat den Planungsauftrag bekommen. Wenn der eigentliche Auftrag jetzt ebenfalls nach China geht, ist das ein Signal für den gesamten Hochgeschwindigkeitsbereich in diesem Markt für viele Jahrzehnte.

Was will der Ost-Ausschuss in Sachen Sanktionen erreichen?

Natürlich wollen wir die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland weiterentwickeln. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von EU, Russland und der eurasischen Region wäre uns langfristig am liebsten. Kurzfristig folgen wir dem Vorschlag von Außenminister Steinmeier. Er möchte substanzielle Fortschritte beim Minsker Friedensprozess mit dem schrittweisen Abbau von Sanktionen belohnen. Aber derartige Fortschritte gibt es im Moment leider noch zu wenige.

Sehen Sie eine moralische Verpflichtung der Wirtschaft, den Friedensprozess zu unterstützen?

Unsere Firmen engagieren sich hier seit vielen Jahren: Sie finanzieren den Deutsch-Russischen Jugendaustausch und den Petersburger Dialog, stellen Praktikumsplätze für junge Ukrainer zur Verfügung und fördern vor Ort viele soziale Projekte. Es gibt firmeninterne Compliance-Regeln und Richtlinien für Arbeitsstandards. Mit politischer Verantwortung sollte man die Wirtschaft aber nicht überfrachten: Es gilt die Arbeitsteilung: Die Politik entscheidet, die Wirtschaft hält sich daran. Ansonsten sind Unternehmen dafür da, Projekte zu entwickeln, Fortschritt zu generieren, Geld zu verdienen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die meisten Bereiche sind von den Wirtschaftssanktionen gar nicht betroffen. Spürt man dort ebenfalls den neuen Kalten Krieg?

Moment! Wir haben eine ernsthafte politische Krise, aber keinen Kalten Krieg! Den früheren Systemgegensatz gibt es nicht mehr, Russland ist im Prinzip eine Marktwirtschaft. Und international haben wir viele gemeinsame Interessen: Stichwort Iran, Anti-Terror-Kampf, teilweise Syrien. Die Zusammenarbeit auf der Unternehmensebene läuft weiter sehr gut. An strategischen Projekten wie dem Pipeline-Projekt Nord Stream 2 (verläuft unter der Ostsee) oder der Moskau-Kasan-Linie sehen Sie, dass es weiterhin Leuchtturmprojekte gibt.

Der Ost-Ausschuss betreut neben Russland weitere 20 Länder. Welche Chancen locken dort?

Südosteuropa (Rumänien, Serbien, Kroatien) ist eine ziemlich Erfolgsgeschichte. Die Bruttoinlandsprodukte und der Handel wachsen, die Investitionen gehen dahin. Da hat sich in den letzten zehn Jahren viel getan. Zentralasien (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) hat unter dem Öl- und Rohstoffpreisverfall sehr gelitten. Aber es gibt dort große Chancen, weil diese Staaten neue wirtschaftliche Standbeine aufbauen. Da ist Deutschland mit seinem starken Investitionsgüterbereich und seiner Industrie-Erfahrung gefragt! Im Kaukasus hat vor allem Georgien sehr gute Rahmenbedingungen für Investoren geschaffen.

CM.: <http://www.bz-berlin.de/welt/russen-spueren-vor-allem-sanktionen-ihrer-regierung>